Landtag
Nordrhein-Westfalen
15. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 15/381
12.01.2012

Innenausschuss

33. Sitzung (öffentlich)

12. Januar 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:00 Uhr bis 18:05 Uhr

Vorsitz: Monika Düker (GRÜNE)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung **5**

a) TOP 8 „Aktuelle Situation bei Großveranstaltungen“ **5**

Wegen eines unaufschiebbaren Termins des Ministers für Inneres und Kommunales erklärt sich der Ausschuss einverstanden, den als Nr. 8 vorgesehenen Tagesordnungspunkt „Aktuelle Situation bei Großveranstaltungen“ als Nr. 3 zu behandeln.

b) TOP 4 „Gesetz zur Förderung der gesetzlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften“ **5**

Gegen die Zusammenfassung der Vorsitzenden, den als Nr. 4 vorgesehenen Tagesordnungspunkt „Gesetz zur Förderung der gesetzlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften“ heute von der Tagesordnung zu nehmen und stattdessen eine Sondersitzung an einem der Plenartage um 9 Uhr einzuberufen, erhebt sich kein Widerspruch.

1 Ermittlungsstand zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) vor dem Hintergrund der aktuellen Berichterstattung (TOP beantragt vom Minister für Inneres und Kommunales) **7**

Bericht des Ministers für Inneres und Kommunales

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012) **9**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/3400

Vorlage 15/1097 (Erläuterungsband)
(s. a. Vorlage 15/1157 vom 19.01.2012 – „Beschaffung von kolorierten Funkstreifenwagen“)

Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales

Einführungsbericht des Ministers für Inneres und Kommunales

Diskussion mit den Schwerpunkten „Globale Minderausgabe“, „Attraktivität des öffentlichen Dienstes“, „Aufgabenabbau“, „Senkung der Personalausgaben“, Effizienzteam“, „Schulaufsicht“, „Fuhrpark – Kauf oder Leasing“, „Landeszuweisungen an die Kommunen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz“, „Prävention“, „Projekt 'Kurve kriegen'„, „Digitalfunk Polizei“, „Polizeianwärterinnen und -anwärter“, „Fachhochschule für öffentliche Verwaltung“, „DNA-Analyse“, „Katastrophenschutz“, „Freie Heilfürsorge für Polizeibeamte und -beamtinnen“, „Bezirksregierungen“

3 Aktuelle Situation bei Großveranstaltungen (TOP beantragt von der Fraktion der SPD) **20**

Bericht des Ministers für Inneres und Kommunales

Diskussion

Der Zusammenfassung der Vorsitzenden, den Ausschuss mit dem Leitfaden nach der Diskussion vonseiten des Ministeriums mit den ehrenamtlichen Veranstaltern und Schaustellern, aber noch vor Veröffentlichung zu befassen, folgt der Ausschuss.

4 NRW-Studie „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte“ (s. Anlage) **29**

Vorlage 15/1023
(s. a. Vorlage 15/752 „Erste landesweite Untersuchung des Landeskriminalamtes ‚LKA-Lagebild Gewalt gegen Polizeibeamte‘“)

Diskussion

5 Ordnungspartnerschaften gezielt vernetzen und ausbauen **30**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3257

Der Ausschuss verständigt sich auf Vorschlag von Kai Abruszat (FDP) darauf, den Tagesordnungspunkt erst nach Vorliegen des Votums des mitberatenden Rechtsausschusses wieder aufzurufen.

6 Mehr Informations- und Präventionsangebote zu den „Grauen Wölfen“ **31**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3266

(s. a. Vorlage 15/1149)

Diskussion

Gegen die Zusammenfassung der Vorsitzenden, die Fraktionen sollten sich auf Arbeitsebene über das weitere Vorgehen verständigen, erhebt sich aus dem Ausschuss kein Widerspruch.

7 Stürmung eines Flüchtlingsheimes in Bochum-Wattenscheid durch ein SEK nach einer Schießerei (TOP beantragt von der Fraktion Die Linke; s. Anlage) **37**

Bericht des Abteilungsleiters Polizei des Ministeriums für Inneres und Kommunales

Diskussion

* * *

1 Ermittlungsstand zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) vor dem Hintergrund der aktuellen Berichterstattung (TOP beantragt vom Minister für Inneres und Kommunales)

Der **Minister für Inneres und Kommunales, Ralf Jäger,** berichtet wie folgt:

Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. – Sie haben es wahrscheinlich alle gelesen: Am vergangenen Wochenende haben Medien über ein in Nordrhein-Westfalen begangenes versuchtes Tötungsdelikt berichtet, welches mutmaßlich durch die Zwickauer Terrorzelle begangen worden sein könnte. Hierbei handelt es sich um die versuchte Tötung eines Duisburger Gastronomen im Jahre 2003.

Im Zusammenhang mit den bekannt gewordenen terroristischen Taten der sogenannten Zwickauer Zelle hat das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen die Kreispolizeibehörden am 14. November letzten Jahres beauftragt, alle seit dem Jahr 1998 aufgeklärten und unaufgeklärten Straftaten der allgemeinen Kriminalität, der Organisierten Kriminalität und der Politisch motivierten Kriminalität auf mögliche Bezüge zu Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwaltes zu überprüfen.

Im Rahmen dieses Auftrages wurden in Nordrhein-Westfalen bisher insgesamt 13 versuchte und vollendete Tötungsdelikte erfasst, die vor dem Hintergrund der neuen Ermittlungsergebnisse einer erneuten Prüfung unterzogen wurden.

Drei dieser Straftaten – namentlich der Bombenanschlag in der Kölner Probsteigasse am 19. Januar 2001, der Bombenanschlag in der Kölner Keupstraße am 9. April 2004 und die Ermordung des türkischen Kioskbesitzers am 4. April 2006 in Dortmund – weisen deutliche Bezüge zur Zwickauer Zelle auf und wurden durch die Generalbundesanwaltschaft übernommen.

Bei den weiteren 10 Tötungsdelikten dauern die entsprechenden Prüfungen an. Bei einem dieser Delikte handelt es sich um den von den Medien thematisierten versuchten Mord an dem türkischen Gastwirt in Duisburg-Meiderich im Jahre 2003.

Der Gastwirt hatte am frühen Morgen des 15. Dezembers 2003 seine Gaststätte verlassen und sein neben der Gaststätte geparktes Fahrzeug bestiegen. Kurz danach löste sich ein Schuss aus einer sogenannten Selbstschussanlage, die bislang unbekannte Täter gegenüber dem geparkten Fahrzeug auf einer Mauer montiert hatten. Nur aufgrund eines glücklichen Umstandes wurde der Gastwirt seinerzeit nur am rechten Arm getroffen, wenn auch sehr schwer verletzt.

Die Ermittlungen zu diesem und den weiteren versuchten und vollendeten Tötungsdelikten sowie die umfangreichen Überprüfungen, ob Übereinstimmungen mit der Erkenntnislage zur Zwickauer Zelle bestehen, dauern an. Die Sachleitung für die einzelnen Verfahren obliegt den jeweiligen örtlich zuständigen Staatsanwaltschaften. Die Überprüfungen erfolgen durch die jeweiligen Kriminalhauptstellen in Abstimmung mit dem Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen.

Die Ergebnisse werden eng mit dem Bundeskriminalamt und der Generalbundesanwaltschaft ausgetauscht. Zu den bisherigen Ergebnissen dieser Maßnahme

kann daher keine weitere Stellung genommen werden. Die Entscheidung, ob eines dieser Strafverfahren in das Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu übernehmen sein wird, obliegt nach Würdigung aller Auswertungen und Analysen dem Generalbundesanwalt.

Sofern und sobald dies möglich ist, wird die Landesregierung darüber ergänzend informieren. – Und lassen Sie mich hinzufügen, dass es nach jetzigem – nach jetzigem! – Erkenntnisstand keine Hinweise auf eine Verbindung zwischen der Zwicker Zelle und dem Anschlag über eine Selbstschussanlage 2003 in Duisburg-Meiderich gibt.